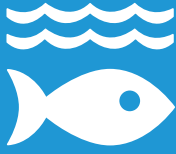


Ziel 14



Ozeane erhalten

Gesunde Meeresökosysteme sind nicht nur Lebensraum für über eine Million Tier- und Pflanzenarten, sondern sind auch von essenzieller Bedeutung für das ökologische Gleichgewicht der Erde und die menschliche Gesundheit. Über 70 Prozent der Erdoberfläche sind von Meeren bedeckt. Sie produzieren rund die Hälfte des Sauerstoffs und absorbieren zugleich circa 30 Prozent der menschengemachten CO₂-Emissionen. Dadurch nehmen sie eine zentrale Rolle sowohl für die Regulierung des Weltklimas als auch für die Verbesserung der Luftqualität ein.¹ Angesichts der großen Bedeutung des Meeresschutzes hatten die Staaten für die meisten Zielvorgaben von SDG 14 nicht 2030 als Zieljahr vorgesehen, sondern bereits 2020 (SDGs 14.2, 14.4, 14.5, 14.6) oder 2025 (SDG 14.1). Die für 2020 anvisierten Ziele wurden überwiegend nicht erreicht. Lediglich bei der Ausweitung mariner Schutzgebiete gab es Fortschritte. Mit dem Abkommen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Ressourcen der Hohen See wurde 2023 ein historischer Durchbruch erzielt. Verstärkte Bestrebungen, die Rohstoffe der Meere durch Tiefseebergbau auszubeuten, könnten die Erfolge aber wieder zunichtemachen.

Maritime Ökosysteme in Gefahr

Durch direkte und indirekte menschliche Eingriffe gerät das maritime Ökosystem immer stärker unter Druck. Unter dem Stichwort der *blue economy* gibt es wachsenden Bestrebungen, die Meere nicht mehr nur für den industriellen Fischfang, der primär durch große Flotten aus reichen Ländern betrieben wird,² und den Tourismus zu nutzen, sondern vermehrt auch die Produktion von Windenergie, die marine Bio-Gentechnologie und den Abbau von Rohstoffen voranzutreiben.³ Hinzu kommen die Verschmutzung durch (industrielle) Abfälle und Chemikalien und die Auswirkungen des Klimawandels. Dadurch bergen die Meere vermehrt auch Risiken für die menschliche Sicherheit, etwa infolge des steigenden Meeresspiegels und tropischer Zyklone.⁴

1 IUCN (2017) und United Nations (2021b)

2 Cohen et al. (2019), Willmann et al. (2017), United Nations (2021b), Volume II, S. 223.

3 United Nations (2021a), S. 1f.

4 United Nations (2021b), Volume II, S. 36.

Die Temperatur der Meere ist seit der vorindustriellen Zeit kontinuierlich gestiegen. Im Durchschnitt errechnen Studien einen Anstieg der Oberflächentemperatur der Meere um etwa 0,6 °C zwischen 1900 und 2018. Die fünf Jahre mit den höchsten gemessenen Temperaturen fallen alle in den Zeitraum seit 2014.⁵ Die Erwärmung, der abnehmende Sauerstoffgehalt und Veränderungen der Strömungen ziehen eine erhebliche Beeinträchtigung des Lebens in den Meeren nach sich. Unter anderem steigt aufgrund der Klimaerwärmung auch die Häufigkeit von Unterwasser-Hitzewellen, wie sie etwa das australische Great Barrier Reef allein dreimal zwischen 2015 und 2020 erlebt hat. In diesem spezifischen Fall hatte die stark erhöhte Wassertemperatur ein Massensterben der Korallen, Grundlage eines hochgradig biodiversen Ökosystems, zur Folge.⁶ Und auch das Mittelmeer ist betroffen. Im Juli 2023 wurde dort mit 28,7 °C die höchste jemals aufgezeichnete Wassertemperatur gemessen.⁷

Folge der weltweit steigenden CO₂-Emissionen ist auch eine fortschreitende Versauerung der Meere. Die Meere haben innerhalb der letzten 200 Jahre rund ein Viertel der menschengemachten CO₂-Emissionen absorbiert. Die Folge: seit Beginn der industriellen Revolution hat sich der Säuregehalt der Meere um rund 30 Prozent erhöht und wird bis zum Jahr 2100 sogar um weitere 100–150 Prozent steigen, wenn nicht konsequent gegengesteuert wird.⁸

Die Versauerung der Meere birgt eine immense Gefahr für das artenreichste Ökosystem der Meere, die Korallenriffe, und alle weiteren sogenannten Kalkbildner (u.a. Muscheln, Schnecken etc.), da der Carbonatgehalt in den Meeren als notwendiger Baustoff für die Schalen und Skelette durch die wachsende Versauerung stetig abnimmt. Nach Angaben des IPCC werden selbst unter Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze des Pariser Klimaschutzabkommens zwischen 70 und 90 Prozent der Korallenriffe verschwinden. Bei 2 Grad Erwärmung würden sogar fast alle Korallenriffe weltweit überlebensunfähig.⁹

Verschärft wird die Lage durch die zunehmende Verschmutzung der Meere. Insbesondere Plastikprodukte stellen eine wachsende Gefahr für die Stabilität der Ökosysteme dar. Betroffen sind auch hiervon unter anderem die Korallenriffe. Zum einen reduziert die Belastung mit Mikroplastik ihre Funktion als CO₂-Speicher, zum anderen erhöht die Verschmutzung mit großen Plastikteilen das Erkrankungsrisiko der

5 United Nations (2021b), Volume I, S. 91.

6 <http://www.bom.gov.au/environment/doc/2020-GBR-marine-heatwave-factsheet.pdf>

7 <https://de.euronews.com/2023/07/26/rekord-wassertemperatur-im-mittelmeer-liegt-bei-erschreckenden-287-grad>

8 Alfred Wegener Institut (2022)

9 IPCC (2018), S. 8.

Korallen und verringert so ihre essenzielle Funktion als „Regenwälder der Meere“.¹⁰

Auch auf die menschliche Gesundheit hat die Vermüllung der Weltmeere Auswirkungen. Das Mikroplastik wird von kleinen Meeresorganismen aufgenommen und über die maritime Nahrungskette immer weiter konzentriert. So wird es schlussendlich auch von Menschen beim Verzehr von Fisch und anderen Meeresfrüchten konsumiert.¹¹ Zudem wird die Plastikverschmutzung der Meere auch mit dem Entstehen von neuen antibiotikaresistenten Keimen in Verbindung gebracht.¹²

In Reaktion auf die Risiken, die mit der Plastikverschmutzung im Generellen und der Vermüllung der Meere im Speziellen einhergehen, verabschiedete die UN-Umweltversammlung (UNEA-5) im März 2022 in Nairobi eine Resolution,¹³ mit der sie den Prozess zur Entwicklung eines internationalen Abkommens zu Beendigung der Plastikverschmutzung angestoßen hat (siehe dazu auch SDG 12).¹⁴

2020-Ziele überwiegend verfehlt

Fünf Teilziele von SDG 14 nennen als Stichdatum für die Zielerreichung nicht erst das Jahr 2030, sondern bereits 2020 (SDGs 14.2, 14.4, 14.5, 14.6) oder 2025 (SDG 14.1). Erreicht wurden sie überwiegend nicht. Dies räumten auch die Mitgliedstaaten der UN in der politischen Abschlusserklärung der UN-Ozeankonferenz 2022 ein. Darin äußerten sie tiefes Bedauern über ihr „kollektives Versagen“, die auf 2020 terminierten Zielvorgaben zu erreichen.¹⁵

Bei **SDG 14.2**, dem Schutz und der nachhaltigen Bewirtschaftung von Meeres- und Küstenökosystemen bis 2020, verzeichnet der Global Ocean Health Index statt Fortschritten lediglich Stillstand. Seit Erhebungsbeginn 2012 haben sich die Werte in fast allen Kategorien, darunter Biodiversität, Schutz der Küsten und Nahrungsmittelversorgung, sogar eher verschlechtert.¹⁶ Um diesen Trend umzukehren, ist laut Expert*innen ein ökosystembasierter Ansatz erforderlich. Dieser muss alle gesellschaftlichen Sektoren und Akteur*innengruppen in die Meerespolitik einbinden und auf regional verankerten, kontextspezifischen Maßnahmen beruhen.¹⁷ Neben

10 UNEP (2021), S. 26.

11 Ebd., S. 32.

12 United Nations (2021b), Volume II, S. 37.

13 UNEP (2022b)

14 <https://www.unep.org/news-and-stories/press-release/historic-day-campaign-beat-plastic-pollution-nations-commit-develop>

15 UNOC (2022), Pkt. 4.

16 https://ohi-science.org/ohiprep_v2021/Reference/methods_and_results/Supplement_Results.html#Summary_of_average_annual_change_in_scores

17 United Nations (2021b), Volume II, S. 444.

dem Einbezug von traditionellem Wissen und der Berücksichtigung der kulturellen Rolle der Küsten und Meere¹⁸ sollte eine vorsorgeorientierte Politik im Mittelpunkt stehen, um Lücken im gegenwärtigen Verständnis für die ökosystemischen Zusammenhänge zu adressieren.¹⁹

Auch in Hinblick auf **SDG 14.4** (Überfischung und illegale Fischerei beenden) besteht großer Handlungsbedarf. Unzureichende Fortschritte in diesem Bereich haben unmittelbare Folgen für den Lebensunterhalt und die Ernährungssicherheit von weltweit etwa 492 Millionen Menschen, die zumindest zum Teil von der Kleinfischerei (Small-Scale Fisheries, SSF) abhängig sind.²⁰ Sie sind besonders betroffen von zunehmender Überfischung. Diese ist auch in Hinblick auf SDG 2 relevant, da die Kleinfischerei eine wichtige Rolle für nachhaltige und gerechte Ernährungssysteme spielt und gerade Menschen in armen Ländern mit essenziellen Nährstoffen versorgen kann. Nach Angaben der FAO entfernt sich die Welt eher von der Zielvorgabe (100 Prozent nachhaltig befischte Bestände) (siehe Abbildung 14.1). Weltweit ist in den letzten 40 Jahren (zwischen 1979 und 2019) der Anteil der Bestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen um über 22 Prozentpunkte zurückgegangen und eine Trendumkehr ist nicht zu erkennen. Zwar ging nach dem Rekordhoch 2018 die weltweite Fischfangproduktion 2020 tendenziell zurück, die FAO führt dies aber auch auf Effekte der COVID-19-Pandemie zurück.²¹ Eine langfristige Reduktion der Produktionsmenge erwartet sie nicht.

Durchbruch beim Schutz der Hohen See

Maßgeblich zu einer Verbesserung der Nachhaltigkeit der Fischbestände beitragen könnte die Ausweisung von Schutzzonen und deren konsequente Kontrolle. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass sich in effektiv geschützten Zonen sowohl die Artenvielfalt als auch die Populationsgrößen wieder regenerieren, diese Gebiete resilienter gegenüber den negativen Auswirkungen des Klimawandels sind und sie zugleich sozio-ökonomischen Nutzen für die lokalen Gemeinschaften bringen.²² In diesem Bereich (**SDG 14.5**) konnten seit 2015 schrittweise Verbesserungen vermeldet werden. Seit 2015 wurden vermehrt Meeresgebiete als Schutzzonen ausgewiesen, sodass eine Verdopplung der unter Schutz stehenden Ozeanfläche auf global etwa 8 Prozent (30 Millionen Quadratkilometer) erreicht werden konnte.²³ Allerdings bestand bisher ein starker Kontrast zwischen nationalen und internationa-

18 Ebd., S. 447f.

19 Ebd., S. 449f.

20 FAO (2022c), S. 151.

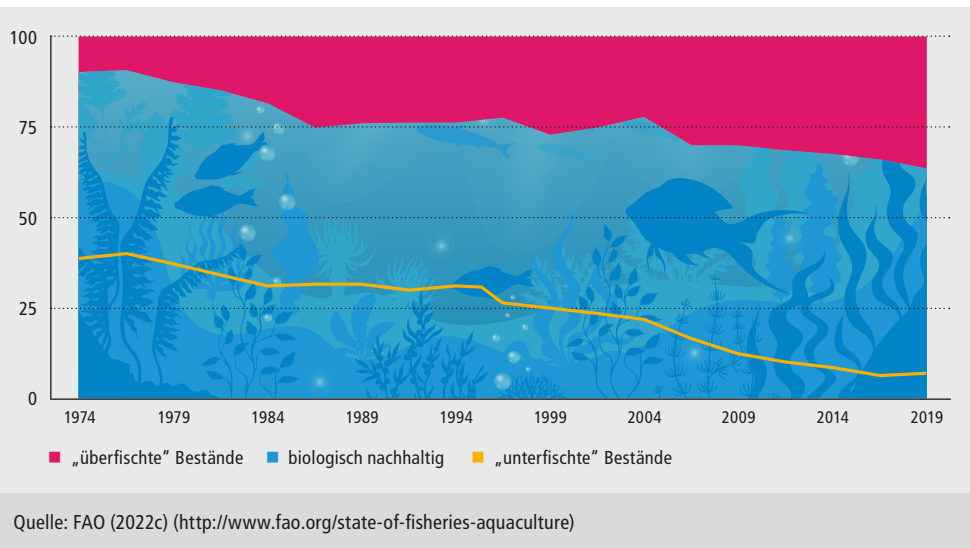
21 FAO (2022c), S. 10ff.

22 Sala/Giakoumi (2018), S. 1167f.

23 <https://www.protectedplanet.net/en/thematic-areas/marine-protected-areas>

Abbildung 14.1

Zustand der Fischbestände in den Weltmeeren (Anteile in Prozent)



len Hoheitsgewässern: 18 Prozent der nationalen aber nur knapp über ein Prozent der internationalen sind geschützt – und das, obwohl die Gebiete außerhalb der nationalen Rechtsprechung mehr als 60 Prozent der weltweiten Meeresgebiete ausmachen. Zudem gibt es große Unterschiede in Form und Ausmaß des Schutzes – einige der Schutzzonen verbieten etwa lediglich den Einsatz bestimmter Fischfangmethoden.²⁴ Unter vollständigem Schutz stehen bisher nur 2,4 Prozent der Weltmeere.²⁵ Damit blieb die Weltgemeinschaft lange hinter Forderungen von Wissenschaftler*innen und Umweltschutzorganisationen zurück, 30 Prozent der globalen Meere effektiv zu schützen. Im Jahr 2020 hat die Europäische Kommission dieses Ziel für ihre eigenen Gebiete in ihrer Biodiversitätsstrategie 2030 übernommen.²⁶ Und auch die Bundesregierung hat sich in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie 2021 für ein weltweites marines Schutzgebietsziel von 30 Prozent der Meeresoberfläche bis 2030 eingesetzt.²⁷

Im März 2023 haben sich die UN-Mitgliedstaaten nach jahrelangen Verhandlungen auf ein Abkommen zum Schutz der Meere geeinigt, das eben dies ermöglicht.²⁸ Es schafft unter anderem die Voraussetzung,

24 <https://marine-conservation.org/why-fully-highly-protected-areas/>

25 <https://mpatlas.org/>

26 Europäische Kommission (2020a), S. 4.

27 Bundesregierung (2021b), S. 317.

28 Der offizielle Name des Abkommens lautet "international legally binding instrument under the United Nations Convention on the Law of the Sea on the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction", s. <https://www.un.org/bbnj/>.

Meerschutzzgebiete auf Hoher See einzurichten. Das neue Abkommen bildet damit die Grundlage dafür, dass 30 Prozent der Weltmeere bis 2030 unter Schutz gestellt werden. Dies hatten die Regierungen bereits im „Kunming–Montreal Global Biodiversity Framework“ (GBF) vereinbart, das bei der 15. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Dezember 2022 in Montreal beschlossen wurde (mehr dazu bei SDG 15).

Das neue Abkommen enthält Regelungen zu gebietsbezogenen Schutzmaßnahmen, einschließlich Meeresschutzgebieten, zu Umweltverträglichkeitsprüfungen für bestimmte menschliche Aktivitäten auf Hoher See, zur Nutzung marinen genetischer Ressourcen, also des marinen Erbguts zum Beispiel für Medikamente, sowie zu Kapazitätsaufbau und Technologietransfer. Bundesumweltministerin Steffi Lemke nannte das Abkommen einen historischen und überwältigenden Erfolg für den internationalen Meeresschutz und versprach, dass Deutschland seine Umsetzung vorantreiben werde.²⁹ Das Abkommen tritt in Kraft, sobald es von 60 Staaten ratifiziert wurde.

Konflikte um den Tiefseebergbau

Wesentlich konfliktiver verliefen bisher die Verhandlungen über ein Regelwerk zum Tiefseebergbau im Rahmen der Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA). Die Tiefsee gerät seit einigen Jahren verstärkt in den Fokus von Unternehmen, die in diesem, noch weitgehend unerforschten, Ökosystem Rohstoffe abbauen wollen. Kritik daran gibt es aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik.³⁰ Ein Statement von über 650 Meeresforscher*innen aus über 40 Ländern unterstreicht, dass bisher keine umfassenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Ökosystem in der Tiefsee vorlägen.³¹ Die Forscher*innen fordern daher, ebenso wie ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen³² sowie ein Zusammenschluss von 250 Parlamentarier*innen aus 51 Ländern³³ ein Moratorium für den Tiefseebergbau.

Die Bundesregierung, die selbst über zwei Explorationsverträge mit der ISA über Gebiete im Pazifik und im Indischen Ozean verfügt,³⁴ hat sich im Herbst 2022 offiziell dazu bekannt, vorerst keine Anträge auf den kommerziellen Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee zu unterstützen.

29 <https://www.bmu.de/pressemitteilung/historischer-durchbruch-fuer-den-schutz-der-weltmeere>

30 Umfassende Argumente gegen den Tiefseebergbau haben Abshagen/Pilgrim (2023) zusammengestellt.

31 <https://www.seabedminingsciencestatement.org/>

32 <https://www.savethehighseas.org/>

33 <https://www.pgaction.org/ilhr/oceans/call-for-moratorium-on-deep-seabed-mining.html>

34 Nominell hält die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe diese beiden Verträge.

Stattdessen will sie bei den Verhandlungen der ISA auf eine Pause beim Tiefseebergbau hinwirken. Sie reagiert damit nach eigenen Aussagen auf den unzureichenden Forschungsstand über die Umweltauswirkungen des Tiefseebergbaus und verfolgt einen vorsorgeorientierten Ansatz, der nicht mit dem Beginn von Bergbautätigkeiten vereinbar sei.³⁵ Im Juli 2023 konnten sich die Mitgliedsstaaten der ISA nicht auf ein Regelwerk für den Tiefseebergbau einigen und haben eine Entscheidung auf das Jahr 2025 vertagt.³⁶

Mühsame Fortschritte beim Abbau schädlicher Fischereisubventionen

Bei der bisherigen Umsetzung von **SDG 14.6** sieht die FAO gewisse Fortschritte bei der Umsetzung von internationalen Abkommen, welche die illegale, unregulierte und ungemeldete Fischerei bekämpfen sollen. Dennoch sei eine bessere internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich nötig, um fortbestehende Probleme effektiv und erfolgreich behandeln zu können.³⁷ Bei der Beseitigung schädlicher Fischereisubventionen gab es bis zuletzt dagegen kaum Fortschritte. Zwar war die Gesamtsumme der weltweiten Fischereisubventionen 2018 mit 35,4 Milliarden US-Dollar niedriger als 2009 mit 41,4 Milliarden US-Dollar, doch der relative Anteil der sogenannten „kapazitätssteigernden“ Subventionen, die zu Überkapazitäten und Überfischung beitragen, ist über die Jahre gestiegen.³⁸

Positiv zu erwähnen ist immerhin, dass die WTO-Mitgliedstaaten im Juni 2022 ein Abkommen geschlossen haben, das die Subventionierung von nicht nachhaltigem Fischfang verbieten soll. Konkret wird damit nicht nur die Bezuschussung der Fischerei in bereits überfischten Beständen, sondern auch in bisher unregulierten Hochseegebieten verboten.³⁹ Forscher*innen des One Ocean Hubs merken allerdings an, dass bisher kein Konsens über die Regulierung von Subventionen gefunden wurde, die zu neuen überfischten Beständen führen. Dieses Thema wurde auf das WTO-Minister*innentreffen 2024 verschoben.⁴⁰

UN-Meereskonferenzen bleiben hinter Erfordernissen zurück

Um die Umsetzung von SDG 14 voranzutreiben, hat die UN-Generalversammlung im Dezember 2015 beschlossen, alle drei Jahre eine

35 <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schutz-der-meere-deutschland-unterstuetzt-bis-auf-weiteres-keinen-tiefseebergbau>

36 <https://www.spektrum.de/news/tiefseebergbau-verhandlungen-ueber-regelwerk-gescheitert/2162718>

37 <https://www.fao.org/sustainable-development-goals/indicators/1461/en/>

38 Sumaila et al. (2019). Die Autor*innen weisen allerdings darauf hin, dass die Werte für die beiden Jahre wegen Änderungen der Berechnungsmethoden nicht direkt vergleichbar sind.

39 WTO (2022)

40 Switzer/Lennan (2022)

Meereskonferenz durchzuführen. Die zweite Konferenz war ursprünglich für das Jahr 2020 geplant, wurde aber aufgrund der COVID-19-Pandemie auf den Juni 2022 verschoben. Sie fand im Kontext der UN-Dekade für Meeresforschung für nachhaltige Entwicklung in Lissabon statt.⁴¹ Die Staaten verpassten es dort jedoch erneut, wie schon auf der ersten Konferenz 2017,⁴² einen wirklichen Wandel im Umgang mit den Meeren anzustoßen. Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen kritisierte vor allem die unverbindliche Form der Abschlusserklärung, die ausschließlich auf freiwillige Maßnahmen der Staaten setzte.⁴³ Immerhin gäben einige Einzelinitiativen „hoffnungsvolle Impulse“. Zudem äußerten Vertreter*innen der besonders vulnerablen Küstenbewohner*innen aus armen Ländern Kritik sowohl am Fokus des Abschlussdokuments auf den Ausbau der sogenannten *ocean-based economies* als auch am mangelhaften Einbezug der Wünsche, Vorstellungen und Perspektiven der Kleinfischer und ihrer Gemeinschaften.⁴⁴

Meeresschutz in deutscher Politik besser verankern

Nach Ansicht vieler Umwelt- und Entwicklungsorganisationen ist der Meeresschutz in Deutschland bislang institutionell zu schwach aufgestellt. Es fehle an einer gemeinsamen politischen Verantwortung in allen Ressorts in Bund und Ländern zum Schutz und Erhalt mariner Arten und Lebensräume. Unter dem Slogan „Meeresoffensive 2020“ forderten sie von der Bundesregierung und den Bundesländern, dass der Meeresumwelt- und Meeresnaturschutz zukünftig eine zentrale Rolle in den politischen und fachlichen Entscheidungen aller Ressorts spielen solle und dazu auch institutionell und finanziell gestärkt werde.⁴⁵

In der Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie konzentriert sich die Bundesregierung bisher vor allem auf zwei Indikatoren: die Nährstoffeinträge in Küstengewässer und Meeressgewässer und den Anteil der nachhaltig befischten Fischbestände an der Gesamtzahl der Fischbestände in Nord- und Ostsee.⁴⁶ Bisher konnte lediglich beim Gesamtstickstoffeintrag in die Nordsee das Ziel erreicht werden.⁴⁷ Zudem decken diese Indikatoren lediglich Teilaspekte von SDG 14 ab und blenden durch die Beschränkung auf Nord- und Ostsee die *globale* Verantwortung Deutschlands in diesem Bereich aus. Dabei zeigen gerade

41 <https://www.un.org/en/conferences/ocean2022>

42 www.forumue.de/pm-un-meereskonferenz-in-new-york-partnerschaften-mit-industrie-statt-achtung-der-rechte-von-kleinfischern-und-kuestenbewohnern/

43 <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/staaten-entziehen-sich-der-verantwortung-bei-un-ocean-conference-einzelinitiativen-geben-hoffnungsvolle-impulse/>

44 <https://www.theguardian.com/environment/2022/jul/01/talk-with-us-not-for-us-un-urged-to-do-more-to-protect-fishing-communities>

45 BUND et al. (2020)

46 Bundesregierung (2021b), S. 317ff.

47 Statistisches Bundesamt (2023), S. 120.

die Rückschritte bei SDG 14.4, wie dringlich weiterhin die verstärkte globale Zusammenarbeit zum Schutz und der nachhaltigen Nutzung der Meere ist. Dies sollte bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2024 berücksichtigt werden.